
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010/2011

9. Kapitel: Ideologische und sachpolitische Einstellungen

9.1 Einleitung: Erosion der Parteien und Zunahme der Parteilosen

Parallel zum Schrumpfungsprozess der Parteienbasis haben die Sitzverluste der Parteien in den kommunalen Exekutiven eingesetzt. Sie gehen dabei hauptsächlich auf das Konto der bürgerlichen Bundesratsparteien. Gleich wie auf nationaler Ebene und in den Kantonen haben die bürgerlichen Parteien bis vor kurzer Zeit die Exekutiven in den Gemeinden dominiert. 1988 verfügten FDP, CVP und SVP über deutlich mehr als 60 Prozent der Sitze, die SP kam auf einen Sitzanteil von rund 10 Prozent. Parteilose Gemeinderäte spielten mit gegen 15 Prozent der Mandate eine untergeordnete Rolle und wurden in den Analysen zusammen mit den Vertretern kleiner Parteien und lokaler Gruppen als Residualkategorie behandelt.

Doch in der Zwischenzeit haben die bürgerlichen Bundesratsparteien ihre Vormachtstellung in den lokalen Exekutiven in einem schleichenden Prozess und lange unbemerkt verloren. Ihr Anteil ist deutlich unter die 50-Prozent-Marke gesunken, heute beanspruchen sie (mit der LPS und der BDP) gerade noch 43 Prozent der Gemeinderatssitze. Auch die Sozialdemokraten haben Einbussen hinnehmen müssen, sie sind aber insgesamt moderat ausgefallen, nicht zuletzt weil die lokale Präsenz der SP sich vornehmlich auf grössere Gemeinden und die Städte konzentriert. Nur die kleinen Parteien haben zusammen mit kleinen lokalen, ungebundenen Gruppierungen ihre Bedeutung in den Gemeinden eher stärken können.

In die Bresche, die durch den Einbruch der bürgerlichen Parteien in den Gemeinden entstanden ist, sind praktisch ausnahmslos Gemeinderäte gesprungen, die sich nicht an Parteien binden wollen. Mit über 40 Prozent der Mandate ist heute die Gruppe der parteilosen Exekutivvertreter weit mehr als doppelt so gross wie die FDP, die mit rund 17 Prozent die stärkste Partei in den Gemeindeexekutiven stellt. Rechnet man die rund sieben Prozent der Gemeinderäte zu den Parteilosen dazu, die im Namen einer lokalen, parteiunabhängigen Gruppierung in die Exekutive gewählt worden sind, kann man annehmen, dass heute annähernd jeder zweite Gemeinderat ohne Parteibindung ist.

Damit hat sich die Quote der Parteilosen in den letzten 20 Jahren mindestens verdoppelt. Diese starke Verschiebung der Gewichte von den ideologisch relativ stabilen und klar erkennbaren bürgerlichen Parteien zu nicht oder nur schwach organisierten und somit politisch nicht klar

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

definierten Einzelvertretern hinterlässt möglicherweise Spuren in der Arbeit und dem Output der Gemeindeexekutiven. Es stellt sich damit die Frage nach den Auswirkungen der zunehmenden Parteilosigkeit der Mitglieder auf die politische Orientierung der Exekutiven. Konkret soll in dieser Arbeit in einem ersten Schritt untersucht werden, ob und wie sich die Verortungen der Parteilosen auf der Links-Rechts-Skala von denjenigen der Parteivertreter unterscheiden. Danach widmen wir uns der Frage, wie weit sich die Parteilosen am bestehenden Parteiensystem orientieren, und schliesslich wenden wir uns den Beurteilungen von konkreten Zielen der Gemeindepolitik und Massnahmen für die mittelfristige Entwicklung der Gemeinde zu. Dabei geht es darum, in wie weit sich die Links-Rechts-Verortungen auf die Sachpolitik auswirken, und ob sich in dieser Frage zwischen Parteivertretern und Parteilosen unterschiedliche Resultate ergeben.

9.2 Links-Rechts-Orientierung

Ein wichtiger Parameter für die politische Ausrichtung ist das Links-Rechts-Schema. Unbesehen von zahlreichen Unkenrufen, welche ideologische Einteilungen in Links und Rechts nach dem Zusammenfall des Kommunismus und dem Verschwinden des Ost-West-Konflikts für nicht mehr zeitgemäss halten, ist es nach wie vor das zentrale Messinstrument bei der Festsetzung politischer Orientierungen. Dies zeigt sich auch darin, dass bei entsprechenden Befragungen die meisten Teilnehmer sehr gut in der Lage sind, sich selber oder ihre politische Gruppierung im Links-Rechts-Schema einzuordnen.

Auch im Selbstverständnis von Politikerinnen und Politiker ist die Links-Rechts-Dimension nach wie vor von zentraler Bedeutung. Dies hat sich auch in der letzten Befragung der Schweizer Lokalparteien gezeigt, wo 97 Prozent der lokalen Parteisektionen bereit waren, sich darauf zu positionieren (vgl. Geser et al. 2003: 6ff.). Ebenso eindrücklich sind die Zahlen bei der vorliegenden Befragung der Exekutivmitglieder, wo 96% der Parteivertreter und immerhin 92% der Parteilosen bereiftanden, sich selbst auf der Links-Rechts-Achse zu lokalisieren. Besonders erstaunlich ist dieses Ergebnis auch vor dem Hintergrund, dass 90 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass es sich bei Gemeindeangelegenheiten in der Regel um unpolitische Fragen handelt, bei denen es nur darum geht, sachgerechte Lösungen zu finden.

Trotz dieser festgestellten Übereinstimmungen zwischen Parteivertretern und Parteilosen in der Bereitschaft, sich politisch festzulegen, müssen klare Differenzen in der Verortung auf der Links-Rechts-Achse erwartet werden. Parteivertretern wird die Selbsteinstufung durch klare Positionierung übergeordneter kantonaler oder nationaler Parteien erleichtert, die die Taktgeber für politische Einstellungen und Werthaltungen spielen. In die politische Tradition ihrer Partei eingebunden, fällt es ihnen in der Regel nicht schwer, diese kollektiven politischen Vorgaben als die ihren zu akzeptieren.

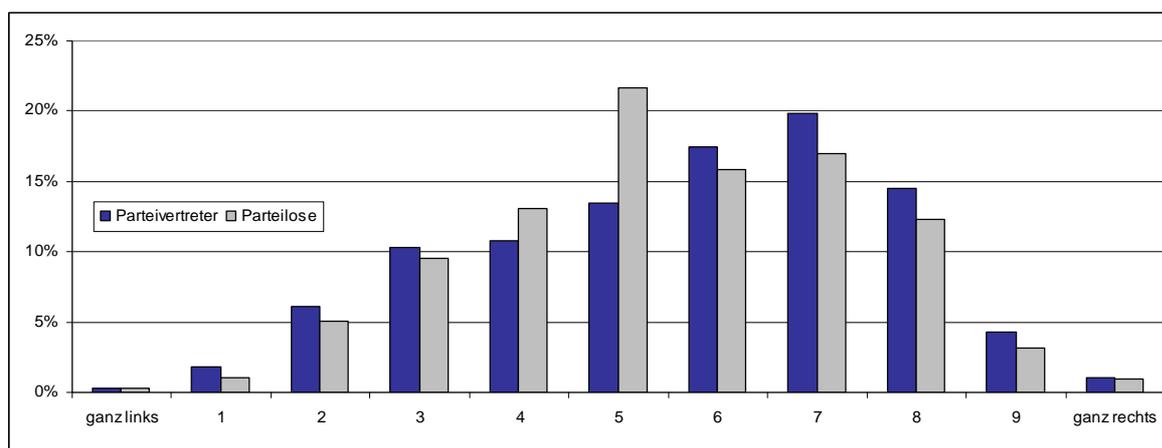
Den Parteilosen fehlt dieser ideologische Kompass, und häufig sind sie eben gerade deshalb nicht in einer Partei, weil sie sich von einer für sie aus unterschiedlichen Gründen unattraktiven Parteipolitik distanzieren wollen. So haben in der Befragung 85 Prozent der Parteilosen angegeben, dass ihrer Ansicht nach Parteien in der Gemeindepolitik „nicht nötig“ seien. Als zentrale Gründe für diese negative Beurteilung haben zwei Drittel der Parteilosen angegeben, dass die Parteien einerseits eine zu eingeschränkte Weltsicht hätten und gleichzeitig zu stark

auf konfliktives Verhalten ausgerichtet seien. Das sind deutliche Hinweise darauf, dass sie sich ideologisch nicht festlegen und sich von (Partei-) Politik fernhalten wollen.

Schauen wir uns die Verteilung der befragten Exekutivmitglieder an, fällt zuallererst auf, dass Parteilosen eine stärker Neigung als Parteivertreter haben, sich auf dem Mittelpunkt der Achse (Wert 5) zu verorten (vgl. Figur 9.1).

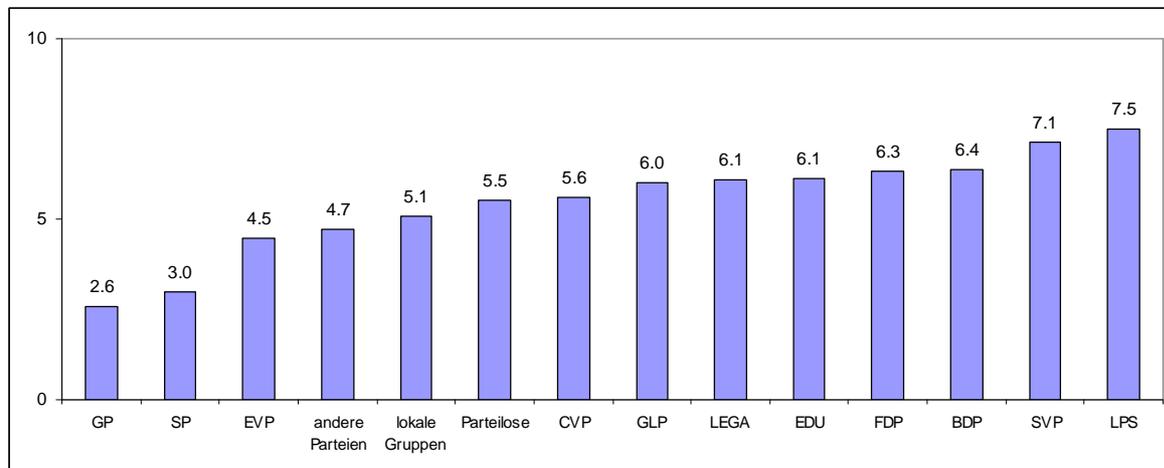
Vergleicht man aber die Werte auf der gesamten Links-Rechts-Achse, sind die Differenzen zwischen den beiden Lagern überraschend gering. So sind die Gruppen der Parteilosen und Parteivertreter, die links der Mitte, auf den Punkten 0 bis 4 beheimatet sind, exakt gleich gross, nämlich knapp 30 Prozent. Die tiefere Quote in der Mitte kompensieren die Parteivertreter also im rechten Segment, im Bereich 6 bis 10. Hier stehen sich 55 Prozent Parteivertreter 50 Prozent Parteilosen gegenüber. Aber entscheidend ist, dass sowohl Parteivertreter als auch Parteilose das gleiche Muster aufweisen, indem die rechte Seite klar am stärksten und die Mitte ebenso klar am schwächsten vertreten ist. Bei beiden Gruppierungen spiegelt sich somit die bürgerliche Dominanz in der Gemeindepolitik wider.

Figur 9.1: Verteilung der Parteivertreter und der Parteilosen auf der Links-Rechts-Achse, in Prozent



Die oben beschriebene bürgerliche Orientierung der Parteilosen zeigt sich auch bei ihrem Mittelwert, der mit 5.5 deutlich rechts der Mitte liegt (vgl. Figur 9.2). Damit finden sie sich insgesamt in der Region der Mitteparteien, die sich von der CVP (5.6) im Mitte-Rechts-Bereich bis zur EVP (4.5) im Mitte-Links-Segment erstreckt. Bemerkenswert sind die Durchschnittswerte der Grünliberalen, die im öffentlichen Diskurs häufig als Mitte-Links-Partei bezeichnet werden, auf dieser Skala aber ganz nahe an der FDP im rechtsbürgerlichen Bereich liegen.

Figur 9.2: Politische Positionierung der Parteivertreter und der Parteilosen auf der Links-rechts-Skala.



Der Einbezug der Gemeindegrösse ermöglicht einen differenzierteren Blick auf die ideologischen Positionen. Sowohl bei den Parteivertretern als auch bei den Parteilosen wirkt sich der Einfluss der Gemeindegrösse signifikant auf die Verortungen auf der Links-Rechts-Achse aus, allerdings mit umgekehrten, reziproken Vorzeichen (vgl. Tab. 9.1).

Tabelle 9.1: Verteilung der Parteilosen und der Parteivertreter auf der Links-Rechts-Achse*, nach Gemeindegrösse.

Einwohnerzahl	Parteilose				Parteivertreter			
	Links	Mitte	Rechts	N =	Links	Mitte	Rechts	N =
bis 500	34.1	21.7	44.2	1063	24.0	14.8	61.2	246
500-999	30.1	22.1	47.8	793	26.1	15.0	59.0	436
1000-1999	29.2	20.5	50.3	552	26.9	14.6	58.5	894
2000-4999	27.0	18.6	54.4	314	29.6	12.8	57.6	1362
5000-9999	28.3	10.9	60.9	45	32.1	12.4	55.4	685
10000 - 19999	28.0	16.0	56.0	24	39.0	12.1	48.9	354
20000 - 49999	0.0	100.0	0.0	1	44.2	11.6	44.2	85
50000-					66.7	10.0	23.3	30
Gesamt	31.1	21.1	47.9	2792	30.1	13.4	56.5	4092
Pearson-Korr.	.069**				-.092**			

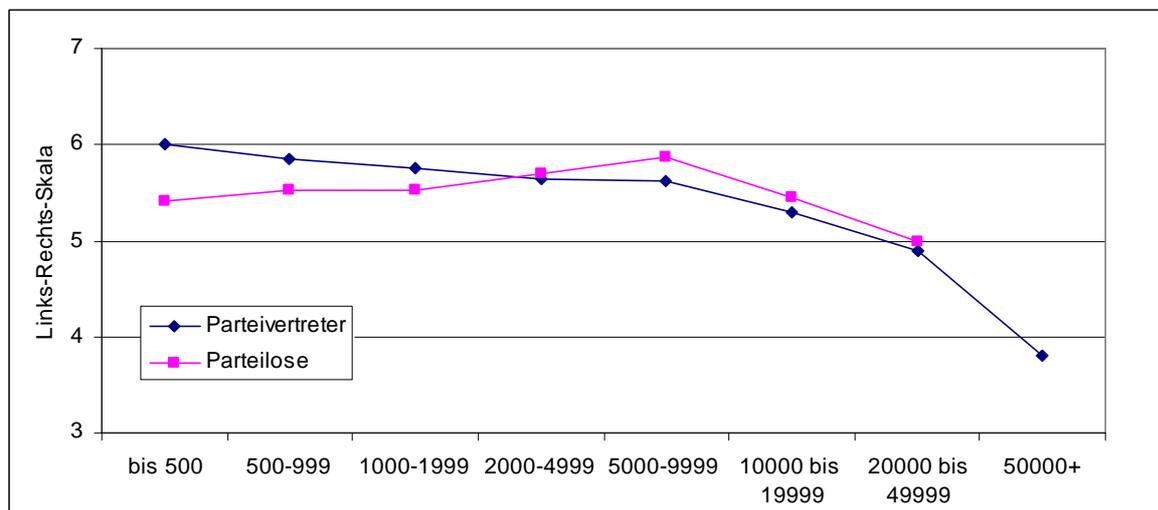
*Werte auf der Links-Rechts-Achse von 0=sehr links bis 10=sehr rechts: 0-4=Links, 5=Mitte, 6-10=Rechts

Während bei den Parteivertretern die ideologische Ausrichtung mit steigender Gemeindegrösse nach links tendiert, nimmt der Anteil der parteilosen Gemeinderäte mit einer Positionierung im rechten Bereich zu.

Bei den Parteivertretern bestätigt sich die These der linken Dominanz in den Städten. In den kleinen und mittleren Gemeinden bis 5000 Einwohnern nehmen die linken Exekutivmitglieder ein gutes Viertel der Sitze ein, in den kleinen Städten beträgt ihr Anteil schon 40 Prozent, und in den grossen Städten mit mehr als 50'000 Einwohnern sind sie mit einer Zweidrittel-Mehrheit in einer absoluten Monopolstellung. Umgekehrt verfügen bei den Parteivertretern die Rechten in den kleinen und mittleren Gemeinden über deutlich mehr als 50 Prozent der Sitze, um dann in den grossen Städten mit 20 bis 25 Prozent der Sitze nur noch eine Minderheit mit wenig Einfluss darzustellen. Demgegenüber sind bei ihnen die Anteile der Räte in der Mitte über alle Grössen-kategorien relativ stabil, aber mit einer Quote von 10 bis 15 Prozent überall von untergeordneter Bedeutung.

Figur 9.3 zeigt die Mittelwerte der Parteilosen und Parteirepräsentanten auf der Links-Rechts-Dimension nach Grössenkategorien. Dabei wird das reziproke Verhältnis von Parteilosen und Parteivertretern in den kleinen und mittleren Gemeinden anschaulich dokumentiert. Bis zu einer Grösse von 10'000 Einwohnern steigt der Durchschnittswert mit zunehmender Gemeindegrösse bei den Parteilosen nach rechts und bei den Parteivertretern entsprechend umgekehrt nach links, wobei sich die beiden Linien in der Grössen-kategorie der 2000 bis 5000köpfigen Gemeinden kreuzen. Positionieren sich die Parteilosen bis zu dieser Grösse im Durchschnitt links von den Parteivertretern, befinden sie sich danach leicht rechts von diesen. Dazu kippt die Kurve der Parteilosen ab 10'000 Einwohnern und in den Städten rückt auch ihre Positionierung mit zunehmender Grösse der Städte im Einklang mit den Parteivertretern nach links.

Figur 9.3: Mittelwerte der Links-rechts-Skala auf der Links-rechts-Skala*, nach Gemeindegrösse



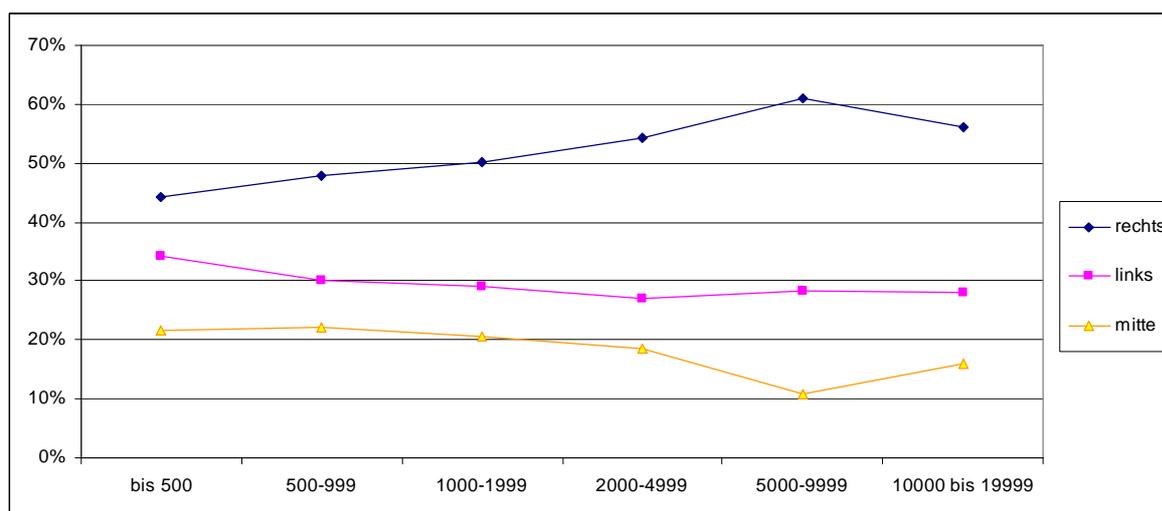
*Links-Rechts-Skala von 0=ganz links bis 1=ganz rechts; 5=politische Mitte

Bei den Parteilosen wirkt sich die Gemeindegrösse im Gegensatz zu den Parteivertretern auch auf den Anteil der Gemeinderäte aus, die sich genau in der Mitte positionieren. (vgl. Figur 9.4).

Bis zu einer Gemeindegrösse von 2000 Einwohnern bleibt ihr Anteil relativ konstant bei knapp über 20 Prozent, um danach deutlich bis auf 10 Prozent abzusinken und in den Städten erneut leicht auf rund 15 Prozent anzusteigen. Der Anteil der Parteilosen im rechten Segment nimmt bis 10'000 Einwohner kontinuierlich zu und fällt danach wieder leicht ab. Dagegen verringert sich der Anteil des linken Segments bis 5000 Einwohnern fortdauernd, um danach in den grossen Gemeinden stabil bei etwas weniger als 30 Prozent zu verharren.

Auffällig in dieser Graphik ist die relativ starke Vertretung des linken und mittleren Segments Parteiloser in den Kleinstgemeinden, die darauf zurück zu führen ist, dass die linken Parteien in den kleinsten Gemeinden praktisch nicht vertreten sind, so dass Parteilose diese „Angebotslücke“ korrigieren (müssen). Auf der anderen Seite sticht die starke bürgerliche Dominanz innerhalb der Parteilosen in den mittleren Gemeinden (5000 bis 10'000 Einw.) hervor. Dies mag dadurch bedingt sein, dass viele Parteilose in (bürgerlicher) Opposition zu den in diesen Gemeinden dominierenden FDP und CVP angetreten sind. Diese Vermutung wird zumindest durch die Tatsache gestützt, dass sich in dieser Grössenkatgorie besonders zahlreiche Parteilose (nämlich 25 Prozent) angeben, sich der SVP politisch am nächsten zu fühlen.

Figur 9.4: Verteilung der Parteilosen auf den Rechts-, Mitte- und Links-Bereich, nach Gemeindegrösse



Interessant ist das Ergebnis, dass sich der Stadt-Land-Unterschied bei den Parteivertretern nicht bemerkbar macht, bei den Parteilosen aber sehr wohl signifikante Differenzen festzustellen sind. Berücksichtigt man nur die kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern sind die Parteilosen in den Agglomerationen signifikant stärker nach rechts ausgerichtet als in den ländlichen Gegenden (vgl. Tab. 9.2). Während in ländlichen kleinen Gemeinden nur 45 Prozent der Parteilosen im rechten Bereich zu finden sind, positionieren sich in den kleinen Agglomerationsgebieten mit 60 Prozent eine klare Mehrheit rechts von der Mitte, sie sind hier im Durchschnitt sogar weiter rechts positioniert als die Parteivertreter. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die linken Parteien in kleinen Agglomerationsgemeinden etwas besser vertreten sind als in kleinen ländlichen Gemeinden, sodass in den erstgenannten die ‚linke Nische‘ für Parteilose häufig wegfällt.

Tabelle 9.2: Links-Rechts-Positionen der Parteilosen und Parteivertreter, ein Vergleich zwischen kleinen Agglomerations- und Landgemeinden*

	Parteilose		Parteivertreter	
	Land	Agglomeration	Land	Agglomeration
Links	32.9	24.0	23.9	30.2
Mitte	22.2	15.2	17.0	14.2
Rechts	44.9	60.8	59.1	55.7
Mittelwerte	5.45	5.83	5.96	5.71
Pearson-Korr.		.074*		-.048

* Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern

Anders als beim Stadt-Land-Vergleich ergeben sich zwischen den beiden grossen Sprachregionen, der französischen und der deutschen Schweiz bei der politischen Verortung der Parteilosen keine nennenswerten Unterschiede. Die signifikanten Einflüsse der Gemeindegrösse und der Agglomerationszugehörigkeit lassen aber auf klare Differenzen zwischen den Kantonen schliessen.

Tatsächlich zeigt es sich, dass die Parteilosen je nach Kanton politisch ganz unterschiedlich positioniert sein können (vgl. Tabelle 9.3). Zu den Kantonen mit links ausgerichteten Parteilosen, d. h. mit über 40 Prozent Parteiloser im linken Segment, gehören Luzern, Tessin, Appenzell Ausserrhoden, Wallis und Jura. Auffällig ist, dass es sich dabei, mit Ausnahme des Kantons Appenzell Ausserrhoden, um dominant katholische Kantone handelt. Dagegen sind eine satte Mehrheit mit annähernd 60 oder mehr Prozent rechter Parteiloser in den Kantonen Genf, Neuenburg, Glarus und Thurgau zu finden.

Die Quote der in der politischen Mitte platzierten parteilosen Gemeinderäte variiert dagegen erstaunlich wenig. Es gibt keinen Kanton, der sich durch besonders viele neutrale Parteilose auszeichnen würde. Die höchsten Prozentanteile mit knapp 30 Prozent erreicht diese Gruppe in den kleinen, peripheren Kantonen mit schwachen Parteienstrukturen Uri und Appenzell-Innerrhoden, die tiefsten Neutralitätswerte mit rund 15 Prozent sind in den Kantonen Glarus, Thurgau, Tessin, Neuenburg und Genf zu finden.

Tabelle 9.3: Positionen der Parteilosen auf der Links-Rechts-Skala, nach Kantonen

	Links	Mitte	Rechts	N =
ZH	27.3	19.9	52.8	231
BE	32.7	25.9	41.4	514
LU	55.6	22.2	22.2	9
UR	31.3	28.1	40.6	32
SZ	29.6	18.5	51.9	27
NW*	0.0	33.3	66.7	3
OW*	--	--	--	0
GL	15.4	15.4	69.2	26
ZG*	--	--	--	1
FR	31.5	24.0	44.5	254
SO	39.0	20.3	40.7	59
BL	33.6	20.0	46.4	125
SH	30.4	21.7	47.8	46
AR	48.9	23.4	27.7	47
AI	18.2	27.3	54.5	11
SG	34.9	18.6	46.5	43
GR	29.1	22.2	48.7	302
AG	26.2	21.1	52.7	237
TG	27.0	14.3	58.7	126
TI	54.5	15.2	30.3	33
VD	30.4	16.7	52.8	615
VS	44.0	26.0	30.0	50
NE	21.7	13.0	65.2	23
GE	11.1	16.7	72.2	18
JU	40.5	31.0	28.6	42
Total CH	31.1	21.1	47.9	2874

* keine oder zu wenige N für eine Wertung

9.3 Einstellung zu politischen Sachfragen

Für die Verortung der lokalen Exekutivmitglieder im politischen Raum und der Bestimmung von Nähe und Distanz zwischen Parteilosen und Vertretern von Parteien stehen unterschiedliche Methoden zur Verfügung. In den vorangegangenen Kapiteln wurden einerseits die Positionen auf der Links-Rechts-Achse zur Erarbeitung von ideologischen Differenzen zwischen Parteivertretern und Parteilosen und andererseits die Nähe resp. Distanz der Parteilosen zu den Parteien

als Hinweise für die Stärke der Anlehnung der Parteilosen an das etablierte politische System verwendet.

Differenzen oder Ähnlichkeiten in der politischen Gesinnung oder bei persönlichen Wertmassstäben lassen sich aber aussagekräftiger erfassen, wenn man die Beurteilungen zu sachpolitischen Themen mit einbezieht. Im folgenden Kapitel werden deshalb die Vorstellungen der Gemeinderäte über Ziele der Gemeindepolitik und die Notwendigkeit von strategischen Massnahmen für die mittelfristige Entwicklung der Gemeinde hinzugezogen, um politische Ungleichheiten zwischen Parteivertretern und Parteilosen herauszuschälen.

Allgemeine Ziele der Gemeindepolitik sind in der Regel ideologisch geprägt, es gibt Zielsetzungen, die sich eindeutig bürgerlichen Gesinnungen zuordnen lassen, und es gibt politische Forderungen, die klar auf linken Wertmassstäben beruhen. Steuern senken und sparen sind Eckpfeiler bürgerlicher Politik, auf der linken Seite stehen dagegen ein starker Sozialstaat und ökologische Themen im Zentrum. Es stellt sich somit die Frage, ob Parteilose diese Übertragung kommunaler Sachfragen auf das Links-Rechts-Schema mittragen, oder ob sie sich in der Beurteilung kommunaler Themen von den Parteivertretern absetzen. Im folgenden Kapitel soll diese Frage in den Themenbereichen Finanzen und Wachstum, Sozialstaat und Ökologie sowie der Beurteilung von Massnahmen der Gemeindeentwicklung untersucht werden.

9.3.1 Finanzfragen und Wachstumspolitik

Ein zentrales Kampffeld in der Finanzpolitik ist der Steuerfuss. Während sich das linke Lager für hohe Steuerabgaben zur Finanzierung des bestehenden (und zukünftig noch zu expandierenden) Sozialstaates einsetzt, kämpfen bürgerliche Politiker für möglichst tiefe Steuern. Diese Konstellation hat sich eindrücklich bei einer Befragung der Schweizerischen Lokalparteien gezeigt, wo in rund 80 Prozent der Lokalsektionen der drei grossen bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Basis ein möglichst tiefer Steuerfuss ein Ziel der Gemeindepolitik darstellt, während linke Lokalparteien mehrheitlich gegen tiefe Steuern votieren.² Deshalb erstaunen die vorliegenden Resultate der Parteivertreter in den Exekutiven auf der rechten Seite, denn unter ihnen votieren nur halb so viele, nämlich 40 Prozent, für einen niedrigen Steuerfuss (vgl. Tab. 9.4). Dies ist ein Indiz dafür, dass sich die ideologische Ausrichtung, wie sie in der Links-Rechts-Einschätzung zum Vorschein kommt, bei den Exekutivmitgliedern nicht vollumfänglich auf ihre Tätigkeit im Amt abfärbt.

Die Parteilosen sind im Vergleich mit den Parteivertretern noch zurückhaltender, denn weniger als 30 Prozent von ihnen im rechten Segment sprechen sich für möglichst tiefe Steuern aus. Auffallend ist dabei, dass die Differenz zwischen Parteilosen und Parteivertretern im Rechtssegment mit steigender Gemeindegrösse zunimmt. Bei Parteivertretern vergrössert sich mit steigender Gemeindegrösse die Schere zwischen links und rechts, bei den Parteilosen dagegen kann in den grossen Gemeinden eine Nivellierung beobachtet werden.

² Bei der Befragung handelt es sich um eine vom Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführte gesamtschweizerischen Umfrage aus dem Jahre 2002 unter den Präsidenten der Lokalparteien von 2002.

Tabelle 9.4: Anteil der Exekutivmitglieder, die der Forderung nach einem möglichst tiefen Steuerfuss voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	20.3	36.4	36.6	32.4	.14**	662
	Mittel	15.4	27.9	41.3	32.0	.25**	2869
	Gross	5.2	21.8	46.6	26.6	.44**	464
	Alle Gemeinden	14.3	28.8	40.9	31.5	.25**	3995
Parteilose	Klein	16.0	28.5	28.8	24.7	.12**	1781
	Mittel	14.6	24.0	29.0	24.0	.14**	883
	Gross	14.3	0.0	14.3	12.5	n.s.	23
	Alle Gemeinden	15.3	26.9	28.9	24.5	.13**	2687

* $p < .05$ ** $p < .01$

Beim Postulat einer Förderung des Wirtschaftswachstums kommen ganz ähnliche Ergebnisse wie bei der Frage der tiefen Steuern zum Vorschein. Auch hier wird ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Befürwortung und einer rechten politischen Position nachgewiesen, und ebenfalls fällt dieser Zusammenhang bei den Parteivertretern viel klarer aus (vgl. Tab. 9.5). Im Gegenteil ist der Anteil Parteiloser, die eine Förderung des Wirtschaftswachstums als wichtig erachten in den Städten im linken Segment sogar grösser als im rechten Segment. Damit werden auch hier die Differenzen zwischen Parteivertretern und Parteilosen aus den gleichen ideologischen Segmenten mit zunehmender Gemeindegrösse auffälliger.

Tabelle 9.5: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Förderung des Wirtschaftswachstums voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	44.9	51.0	56.2	52.6	.10*	648
	Mittel	40.6	52.1	57.0	51.6	.14**	2861
	Gross	40.0	55.6	68.8	55.4	.27**	460
	Alle Gemeinden	40.9	52.2	58.0	52.2	.15**	3985
Parteilose	Klein	34.3	39.4	43.5	39.7	.08*	1743
	Mittel	39.1	42.6	48.6	44.7	.08*	876
	Gross	57.1	80.0	42.9	53.8	n.s.	25
	Alle Gemeinden	36.2	40.7	45.3	41.7	.08**	2644

* $p < .05$ ** $p < .01$

Bei der Forderung nach der vermehrten Ansiedlung guter Steuerzahler akzentuieren sich die Differenzen zwischen Parteivertretern und Parteilosen, denn bei letzteren verschwinden in allen Gemeindegrössen die Unterschiede zwischen Links und Rechts (vgl. Tabelle 9.6). In den Reihen der Parteivertreter hingegen gehört die Anwerbung wohlhabender Leute erwartungsgemäss eindeutig zum rechten politischen Segment, und diese Korrelation wird mit zunehmender Gemeindegrösse aussagekräftiger.

Tabelle 9.6: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Ansiedlung wohlhabender Anwohner voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	31.1	36.5	43.9	39.5	.11*	642
	Mittel	19.6	33.7	41.8	34.4	.21**	2822
	Gross	22.0	36.5	51.9	37.7	.29**	457
	Alle Gemeinden	21.3	34.5	43.2	35.6	.20**	3936
Parteilose	Klein	25.0	29.4	28.6	27.7	n.s.	1720
	Mittel	25.2	24.3	30.8	28.0	n.s.	870
	Gross	14.3	40.0	21.4	23.1	n.s.	25
	Alle Gemeinden	25.2	27.9	29.2	27.8	n.s.	2625

* $p < .05$ ** $p < .01$

Die Forderung nach einem Bevölkerungswachstum ist dagegen kein rechtsbürgerliches Postulat, sondern es wird quer durch alle ideologischen Segmente ähnlich stark unterstützt (vgl. Tab. 9.7). In einzelnen Grössen kategorien - bei den Parteivertretern in den grossen, bei den Parteilosen in den kleinen Gemeinden – stösst es bei linken Vertretern sogar auf stärkere Akzeptanz. Bei dieser Frage können zwischen Parteilosen und Parteivertretern keine Unterschiede im Antwortverhalten festgestellt werden. Eine Ausnahme bilden die Parteilosen in den grossen Gemeinden, die sich praktisch durchwegs und unabhängig von der ideologischen Verortung gegen ein stärkeres Bevölkerungswachstum aussprechen.

Tabelle 9.7: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Ansiedlung neuer Anwohner voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	47.6	59.6	47.3	49.2	n.s.	656
	Mittel	37.3	39.9	35.9	36.8	n.s.	2849
	Gross	43.2	38.9	28.6	35.8	-.14*	459
	Alle Gemeinden	39.5	43.4	37.2	38.7	n.s.	3894
Parteilose	Klein	51.9	45.1	44.9	47.2	-.06*	1773
	Mittel	42.6	41.4	37.6	39.7	n.s.	880
	Gross	14.3	20.0	0.0	7.7	n.s.	23
	Alle Gemeinden	49.1	43.9	41.7	44.3	-.06*	2686

* $p < .05$ ** $p < .01$

9.3.2 Soziale Fragen

Linke Postulate, die den Ausbau des Sozialstaats bezwecken, haben natürlich bei den lokalen Exekutivmitgliedern einen geringen Stellenwert, weil die Exekutiven in ihrer Gesamtheit, wie schon mehrfach betont, stark bürgerlich geprägt sind. Vor allem der Ruf nach einer stärkeren öffentlichen Unterstützung für soziale Dienstleistungen stösst bei den Gemeinderäten nur auf wenig Gegenliebe.

Tabelle 9.8: Anteil der Exekutivmitglieder, die mehr öffentlicher Unterstützung für soziale Dienstleistungen voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	26.8	7.6	4.9	10.9	-.29**	644
	Mittel	27.2	9.5	3.0	10.9	-.34**	2833
	Gross	43.2	13.2	4.2	21.5	-.45**	459
	Alle Gemeinden	29.5	9.6	3.4	12.0	-.35**	3936
Parteilose	Klein	13.8	9.0	2.9	7.7	-.18**	1733
	Mittel	12.7	8.9	3.7	7.2	-.15**	869
	Gross	42.9	0.0	0.0	11.5	-.54**	22
	Alle Gemeinden	14.0	8.8	3.1	7.5	-.18**	2624

* $p < .05$ ** $p < .01$

Aber die Muster der Antworten sind im Prinzip ähnlich wie bei den bürgerlichen Forderungen, die die Finanzpolitik und das Wirtschaftswachstum betreffen. Auch hier sind die Korrelationen mit der Link-Rechts-Dimension bei den Parteivertretern signifikanter, d.h. die Differenzen zwischen links und rechts sind bei ihnen grösser als bei den Parteilosen (vgl. Tabelle 9.8). Dies gilt allerdings nicht für die Städte, wo sich parteilose Gemeinderäte aus dem mittleren und rechten Segment einer stärkeren Unterstützung sozialer Dienstleistungen komplett widersetzen.

Exakt das gleiche Muster können wir beim Postulat für eine stärkere Förderung öffentlicher Kinderkrippen beobachten (vgl. Tabelle 9.9). Insgesamt sind in den kleinen und mittleren Gemeinden linke Parteivertreter deutlich häufiger für öffentliche Kinderbetreuung als linke Parteilose, die diesem Ansinnen erstaunlich skeptisch gegenüberstehen. Dies gilt allerdings nur in den kleinen und mittleren Gemeinden, in den Städten und die Mehrheit der Parteilosen aus dem linken und dem Mitte-Segment für einen Ausbau der Kinderkrippen.

Tabelle 9.9: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Förderung familienexterner Kinderbetreuung (Kinderkrippen) voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	33.7	17.0	9.7	16.9	-.27**	644
	Mittel	51.0	24.7	11.8	24.9	-.39**	2857
	Gross	69.1	45.5	16.1	41.5	-.51**	465
	Alle Gemeinden	51.7	25.5	11.8	25.4	-.40**	3966
Parteilose	Klein	20.1	14.1	7.9	13.1	-.16**	1748
	Mittel	33.2	16.2	13.1	19.4	-.21**	873
	Gross	71.4	60.0	7.1	34.6	-.61*	25
	Alle Gemeinden	25.4	15.0	9.8	15.4	-.18**	2646

* $p < .05$ ** $p < .01$

9.3.3 Ökologische Forderungen

Der Umweltschutz ist neben dem Sozialstaat das zweite Standbein linker Politik in den Gemeinden. Und wie Tabelle zeigt, verschwinden bei ökologischen Fragen die Unterschiede zwischen Parteilosen und Parteivertretern zu einem grossen Teil. Dies lässt sich exemplarisch am Beispiel der Förderung des öffentlichen Verkehrs zeigen. Hier bewegen sich die Korrelationen zwischen linker Position und dem Postulat nach mehr öffentlichem Verkehr bei den Parteilosen und den Parteivertretern auf einem ähnlichen Level (vgl. Tab. 9.10).

Besonders hoch ist dieser Zusammenhang in den Städten, wo sich um den öffentlichen Verkehr schon seit langem grundsätzliche ideologische Debatten entzünden. Trotzdem steht insgesamt rund ein Drittel der parteilosen und parteigebundenen Gemeinderäte in allen Grössenkategorien prinzipiell für eine Förderung des öffentlichen Verkehrs ein.

Tabelle 9.10: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Förderung des öffentlichen Verkehrs voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	54.4	38.4	35.3	40.6	-.16**	658
	Mittel	65.4	47.0	30.9	43.1	-.31**	2869
	Gross	83.9	49.1	30.0	54.5	-.51**	462
	Alle Gemeinden	67.3	45.7	31.6	44.0	-.32**	3989
Parteilose	Klein	55.7	43.8	33.0	42.6	-.20**	1772
	Mittel	59.8	41.0	37.2	44.3	-.19**	886
	Gross	85.7	80.0	28.6	53.8	-.52*	25
	Alle Gemeinden	58.9	43.4	34.5	43.5	-.21**	2683

* $p < .05$ ** $p < .01$

Auch bei der etwas spezifischen Forderung nach Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren korreliert die Zustimmung mit der linken Positionierung in beiden Gruppierungen. In allen Grössenkatgorien weisen auch bei den Parteilosen die Befürworter aus dem linken Segment eine signifikant höhere Quote auf (vgl. Tab. 9.13).

Tabelle 9.11: Anteil der Exekutivmitglieder, die einer Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren voll zustimmen, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	34.7	17.5	18.7	22.7	-.15**	649
	Mittel	45.6	27.0	15.6	25.9	-.30**	2856
	Gross	66.7	32.7	15.2	38.6	-.49**	462
	Alle Gemeinden	47.4	25.9	16.2	26.7	-.31**	3967
Parteilose	Klein	27.7	22.3	14.3	20.3	-.15**	1755
	Mittel	36.3	27.1	19.6	25.7	-.16**	875
	Gross	57.1	0.0	0.0	15.4	-.63*	25
	Alle Gemeinden	32.1	23.4	16.1	22.3	-.16**	2655

* $p < .05$ ** $p < .01$

Beim Vergleich der beiden linken Themenkreise Soziales und Umwelt fällt auf, dass sich die Parteilosen aus dem linken Bereich bei den Umweltthemen ähnlich wie die Vertreter linker Parteien verhalten. Dies trifft am stärksten in den Städten zu, wo linke Parteilose die Umweltforde

rungen noch konsequenter vertreten als die linken Parteivertreter. Diese Beobachtungen treffen bei sozialen Themen nur für die Städte zu. In den kleinen und mittleren Gemeinden dagegen bewerten Parteilose aus dem linken Segment soziale Forderungen weniger deutlich als ihre Kollegen aus den Parteien.

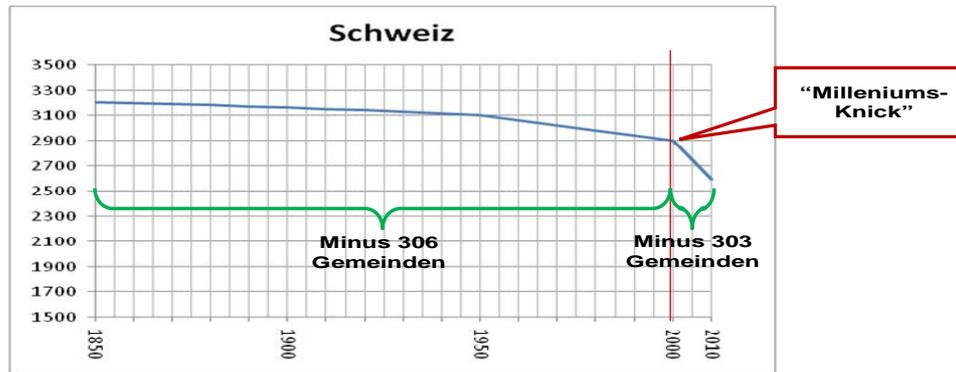
9.3.4 Massnahmen für die Entwicklung der Gemeinde

Strategische Notwendigkeiten und Reformen, die für die Erhaltung oder Erhöhung der Leistungsfähigkeit diskutiert werden, sind nicht verknüpft mit ideologischen Wertmassstäben, wie das bei sachpolitischen Postulaten der Fall ist. Dies rührt einerseits daher, dass die Diskussionen um die generelle Leistungsfähigkeit der Gemeinden relativ jung sind. Grundsätzliche Überlegungen zu Gemeindereformen sind in den 1990er Jahren aufgetaucht, als das Bewusstsein über die Belastungs- und Leistungsprobleme auch über die sozialwissenschaftliche Forschung gewachsen ist (vgl. dazu Geser et al. 1996). Andererseits sind die meisten Beiträge zur Reformthematik aus einer betriebswirtschaftlichen Sicht geschrieben und beleuchten eher finanzielle und betriebsorganisatorische Aspekte der Gemeinden.

Aber gleichzeitig berühren Diskussionen um Reformmassnahmen auch einen wunden Punkt in der schweizerischen Gemeindestruktur, indem sie die Kleinheit der Gemeinden und die fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen mit ihrer geringen Leistungsfähigkeit in Zusammenhang bringen. Der Wille zu Reformen wird deshalb auch in einem gewissen Sinn mit Mut zur Veränderung und Überwindung bestehender Gemeindestrukturen in Verbindung gebracht. Aus diesen Überlegungen heraus ist die Frage von einigem Interesse, wie die Parteilosen in diesen Fragen im Vergleich mit den Parteivertretern abschneiden. Auf der einen Seite könnte man annehmen, dass die Parteilosen aufgrund ihrer grösseren Unabhängigkeit gegenüber politischen Traditionen eher bereit sind, überkommene Gemeindestrukturen zu reformieren. Auf der anderen Seite haben sich die Parteilosen bei der Beurteilung von Gemeindezielen wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben als eher zurückhaltende Gemeinderäte offenbart.

Gemeindefusionen wurden in der Schweiz über lange Zeit nur sehr spärlich vollzogen, haben in den letzten 10 Jahren aber rasant zugenommen. In dieser Zeitspanne sind gleich viele Fusionen durchgeführt worden wie in den 150 Jahren zuvor (vgl. Figur 9.5). Grosse Fusionsprojekte wie die Eingemeindungen im Raum Lugano oder die revolutionäre Verknappung der 38 zum Teil sehr kleinen Glarner Gemeinden auf drei neue künstliche kommunale Einheiten zeugen von einem neu entfachten Reformwillen auf der kommunalen Staatsebene. So ist beispielsweise im Kanton Graubünden, in dem eine sehr grosse Zahl an Kleinstgemeinden existiert, eine Gebietserforminitiative gestartet worden, die sich zum Ziel setzt, die Zahl der Gemeinden von 180 auf rund 50 zu verringern.

Figur 9.5: Entwicklung der Zahl der Gemeinden in der Schweiz von 1850 bis 2010



HTW Chur

Quelle: Hochschule für Technische Wissenschaften HTW Chur, Zentrum für Verwaltungsmanagement

Der wachsende Wille zu Gemeindefusionen schlägt sich auch bei den kommunalen Exekutivmitgliedern nieder. Rund die Hälfte der befragten Gemeinderäte meinen, dass eine Fusion mit einer oder mehrerer Nachbargemeinden für ihre Gemeinde mittelfristig notwendig oder eher notwendig sein wird. Bei den Parteivertretern zeigt sich, dass der Fusionsgedanke im linken Segment eindeutig stärker verankert ist und zwar in allen Grössenkategorien (vgl. Tab. 9.12). So sind in den kleinen Gemeinden 70 Prozent der Gemeinderäte aus dem linken Parteiensegment der Ansicht, dass ihre Gemeinde bald fusionieren sollte, im rechten Segment ist es dagegen nur gut die Hälfte.

Bei den Parteilosen ist der Zusammenhang zwischen Zustimmung zu Fusionen und linker Ausrichtung etwas weniger ausgeprägt, in den mittleren Gemeinden und in den Städten ist er statistisch nicht mehr ausgewiesen. In den kleinen Gemeinden, wo die Fusionsdiskussionen viel aktueller sind, werden aber mögliche Fusionen auch von den parteilosen Linken häufiger in Betracht gezogen als auf der Rechten, die allgemein mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit ihrer Gemeinden zu besitzen scheinen, oder vielleicht auch weniger an die positive Wirkung einer Gemeindefusion glauben.

Tabelle 9.12: Anteil der Exekutivmitglieder, für die eine Gemeindefusion in den nächsten 10 Jahren notwendig oder eher notwendig sein wird, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	71.4	56.3	53.4	58.2	-.15**	665
	Mittel	46.6	38.7	36.2	39.5	-.09**	2880
	Gross	42.4	20.0	30.7	34.3	-.11*	461
	Alle Gemeinden	49.3	40.1	38.7	42.0	-.09**	4006
Parteilose	Klein	69.6	60.6	55.9	61.1	-.12**	1798
	Mittel	42.2	37.5	38.9	39.5	n.s.	885
	Gross	60.0	20.0	21.4	29.2	n.s.	24
	Alle Gemeinden	61.0	53.2	49.5	53.7	-.10**	2707

* $p < .05$ ** $p < .01$

Neben der radikalen Strategie einer Fusion kann die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde aber auch mit anderen Mitteln gesteigert werden. Tendieren linke Exekutivmitglieder wie oben beschrieben häufiger zu Fusionsmassnahmen oder aber auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Kanton, trifft die Vorstellung einer vermehrten Kooperation mit Privaten eher das Gedankengut bürgerlicher Politiker. Tatsächlich trifft diese Annahme bei den Parteivertretern grösstenteils zu (vgl. Tab. 9.13).

Tabelle 9.13: Anteil der Exekutivmitglieder, für die eine verstärkte Kooperation mit Privaten in den nächsten 10 Jahren notwendig oder eher notwendig sein wird, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	26.0	25.6	32.4	29.9	n.s.	606
	Mittel	26.7	31.2	36.0	32.7	.09**	2784
	Gross	38.2	57.7	53.8	47.8	.15*	450
	Alle Gemeinden	28.5	32.9	37.0	34.0	.08**	3840
Parteilose	Klein	25.4	30.1	26.6	27.1	n.s.	1674
	Mittel	31.9	20.6	30.3	28.8	n.s.	853
	Gross	20.0	60.0	50.0	45.8	n.s.	24
	Alle Gemeinden	27.4	27.6	28.3	27.9	n.s.	2551

* $p < .05$ ** $p < .01$

Vor allem in den Städten sind mehr als 50 Prozent der Gemeinderäte aus der Mitte und der rechten Seite der Ansicht, dass ein stärkerer Einbezug von Privaten in die Geschäfte der Gemeinde in nächster Zeit eine geeignete Massnahme zur Steigerung der zukünftigen Leistungsfähigkeit wäre. Dies gilt aber nicht in den kleinen Gemeinden, in denen rechte Gemeinderäte einem stärkeren Einbezug von Privaten ebenso skeptisch gegenüberstehen wie ihre Kollegen von den linken Parteien.

Bei den Parteilosen verschwindet der Zusammenhang zwischen Privatisierungsstrategien und rechter politischer Gesinnung vollständig. Auch rechte Parteilose quer durch die Grössenkategorien können sich nicht an der Idee einer Einbindung von privaten Betrieben in die kommunalen Geschäfte erwärmen. Insgesamt scheinen also Privatisierungsstrategien auch bei der Mehrheit der rechten Gemeinderäte keine Chance zu haben, allerdings gilt diese Feststellung vor allem für die kleinen und mittleren Gemeinden, in den Städten ist mehr als die Hälfte der Exekutivmitglieder aus der politischen Mitte dem rechten Segment überzeugt von der Notwendigkeit vermehrter Privatisierung, um die Gemeindeaufgaben zu erfüllen.

Eine andere Massnahme, finanzielle und personelle Engpässe bei der Aufgabenerbringung zu beseitigen, besteht darin, das bestehende Angebot an Leistungen, die das Gemeinwesen erbringt, abzubauen. Diese Strategie wird eher von rechten Politikern propagiert, da sie neben finanziellen Einsparungen auch noch eine Verkleinerung des Staatsapparates zur Folge hat. Allerdings ist diese Massnahme sehr unpopulär, da sie von der Bevölkerung Opfer verlangt und viele Bürgerinnen und Bürger unmittelbar trifft, indem sie sich von vertrauten Einrichtungen und öffentlichen Hilfestellungen trennen müssen. Deshalb erstaunt es nicht sehr, dass der Leistungsabbau auch bei den Gemeinderäten nicht gerade ein sehr beliebtes Sanierungsmittel darstellt. Dies zeigt sich darin, dass nur rund 13 Prozent der Exekutivmitglieder einen Leistungsbau als mögliche zukünftige Massnahme erachtet. Dieses Ergebnis kann aber auch als Hinweis darauf gedeutet werden, dass das Gros der Gemeinden in finanzieller Hinsicht heute in einem guten Zustand ist.

Wie bei der Privatisierung lässt sich auch beim Leistungsabbau wie erwartet ein signifikanter Zusammenhang mit einer rechten politischen Ausrichtung erkennen (vgl. Tabelle 9.14). Aber auch bei der Abbau-Strategie beschränkt sich dieser Zusammenhang auf die mittleren Gemeinden und die Städte, und auch hier gilt er nur für die Parteivertreter, bei den Parteilosen verschwindet er völlig. Auch beim Thema Leistungsabbau treten also klare Differenzen in der Beurteilung der Notwendigkeit zwischen Parteilosen und Parteivertretern zu Tage.

Umgekehrt kann eine hohe Belastung der kommunalen Verwaltungen durch zunehmende Aufgaben in verschiedenen Bereichen dazu führen, dass ein Ausbau von öffentlichen Leistungen von einer Gemeinde zur Disposition gestellt werden muss. Dieser scheint zur Zeit deutlich aktueller zu sein als ein Abbau von Leistungen, denn insgesamt mehr als 40 Prozent der befragten Exekutivmitglieder erachten einen Leistungsausbau in nächster Zeit notwendig oder eher notwendig (vgl. Tab. 9.15). Interessanterweise bleibt diese Quote von rund 40 Prozent in allen Grössenkategorien stabil und variiert auch im Vergleich zwischen Parteivertretern und Parteilosen nicht.

Tabelle 9.14: Anteil der Exekutivmitglieder, für die ein Abbau staatlicher Leistungen in den nächsten 10 Jahren notwendig oder eher notwendig sein wird, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	11.0	9.4	13.6	12.4	n.s.	598
	Mittel	9.3	12.5	18.1	14.8	.11**	2775
	Gross	10.1	17.3	25.4	18.0	.19**	449
	Alle Gemeinden	9.7	12.5	18.0	14.8	.11**	3822
Parteilose	Klein	9.1	11.8	12.8	11.5	-.05*	1629
	Mittel	11.2	10.9	9.6	10.3	n.s.	838
	Gross	0.0	20.0	21.4	16.7	n.s.	24
	Alle Gemeinden	9.8	11.5	11.7	11.1	n.s.	2481

* $p < .05$ ** $p < .01$

Tabelle 9.15: Anteil der Exekutivmitglieder, für die ein Ausbau staatlicher Leistungen in den nächsten 10 Jahren notwendig oder eher notwendig sein wird, nach Gemeindegrösse und Links-Rechts-Position.

	Gemeindegrösse:	Links	Mitte	Rechts	Total	Pearson Korr.	N =
Parteivertreter	Klein	53.8	45.3	39.7	44.0	-.12*	596
	Mittel	50.6	45.6	36.3	41.6	-.13**	2766
	Gross	60.2	38.5	24.9	41.4	-.34**	452
	Alle Gemeinden	52.6	44.8	35.8	42.0	-.15**	3814
Parteilose	Klein	48.9	44.6	41.2	44.3	-.07*	1640
	Mittel	48.7	43.6	43.1	44.7	n.s.	850
	Gross	0.0	40.0	38.5	31.8	n.s.	22
	Alle Gemeinden	48.4	44.4	41.8	44.3	-.06*	2512

* $p < .05$ ** $p < .01$

Ein Ausbau staatlicher Leistungen findet naturgemäss auf der linken politischen Seite mehr Zuspruch, deshalb erstaunt die starke Korrelation zwischen erkannter Notwendigkeit eines Ausbaus und einer linken politischen Positionierung nicht. Dieser Zusammenhang fällt bei den Parteivertretern in allen Grössenkatgorien sehr deutlich aus, am stärksten aber ist er in den Städten.

Aber auch bei dieser Frage gilt dieser festgestellte Zusammenhang bei den Parteilosen nicht, sondern die unterschiedlichen Positionierungen auf der Links-Rechts-Achse drücken viel wenig-

er stark auf die Beurteilung eines allfälligen Ausbaus von staatlichen Leistungen durch. Ist in kleinen Gemeinden eine schwache Beziehung zwischen linker Position und Leistungsausbau bei den Parteilosen noch leicht erkennbar, verliert die politische Position in den mittleren Gemeinden und in den Städten ihre Bedeutung vollständig.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass zwischen Parteilosen und Parteivertretern in der Beurteilung sachpolitischer Fragen, anders als bei der Positionierung auf der Links-Rechts-Achse, sichtbare Differenzen bestehen. Parteilose bewerten Sachfragen, die die Gemeinden betreffen, deutlich zurückhaltender. Das sieht dann so aus, dass in vielen linken Postulaten die Zustimmung der Parteilosen im linken Spektrum, und in ebenso in rechten Postulaten die Zustimmung der parteilosen Rechten ähnlich hoch ausfällt wie die Zustimmung bei Parteivertretern der ideologischen Mitte. Damit sind auch innerhalb der Parteilosen die Unterschiede zwischen links und rechts deutlich nivellierter als bei den Repräsentanten der Parteien, bei denen sich die starke Parteienpolarisierung auf der kantonalen und nationalen Ebene auch in den Gemeinden bemerkbar macht.

9.4 Schlussbemerkungen

Die Gemeindeexekutiven zeichneten sich in der Schweiz lange Zeit durch eine klare Dominanz der drei bürgerlichen Bundesratsparteien aus. Ihr Anteil an den kommunalen Exekutivsitzen betrug noch Ende der 1980er Jahre mehr als 70 Prozent. Komplettiert wurden die Exekutiven durch Mitglieder der Sozialdemokraten, kleiner Parteien, lokaler Gruppierungen und durch Parteilose. Damit war auch eine klare bürgerliche Linie in der lokalen Politik verbunden, ergänzt durch die Integration von Minderheiten, was einerseits eine integrative und Konflikt verhindernde Politik garantierte und andererseits das Entstehen einer gewichtigen Opposition verhinderte.

In den letzten 20 Jahren sind diese enorm stabilen Verhältnisse jedoch aufgeweicht worden. Neben der Tatsache, dass sich die Gewichte in den grossen Städten stark nach links verschoben haben - der Abwanderungsprozess des wirtschaftsorientierten Bürgertums von den Städten in das steuergünstige Umland hat hier seine deutlichen Spuren hinterlassen -, haben die Lokalsektionen der Parteien in den bürgerliche dominierten kleinen und mittleren Gemeinden so deutlich an Substanz verloren, dass sie nicht mehr in der Lage sind, das kommunalpolitische System zu organisieren und genügend Nachwuchs für die politischen Ämter in den Gemeinden zu rekrutieren. Der Einbruch der etablierten Parteien hat den Verlust ihrer politischen Hegemonie in vielen Gemeinden zur Folge, und in die Lücke springen politisch nicht organisierte, parteilose Bürgerinnen und Bürger.

Haben sich diese nachhaltigen Verschiebungen auf die Gemeindepolitik ausgewirkt? Die Ergebnisse lassen keine eindeutige Antwort zu. Es gibt Hinweise auf eine starke Anlehnung der Parteilosen an das Parteiensystem und an die Übernahme ideologischer, von den Parteien und ihren Repräsentanten bestimmter ideologischer Muster. Es gibt aber auch Anhaltspunkte für unterschiedliche Verhaltensweisen zwischen Parteilosen und Parteivertretern in der Umsetzung ideologischer Einstellungen in die Alltagspolitik.

Befassen wir uns zuerst mit den Gemeinsamkeiten: Parteilose orientieren sich in ihrer ideologischen Ausrichtung sehr stark an den bestehenden politischen Werten, die ihnen die Parteien vorgeben. In Ermangelung alternativer Orientierungshilfen geben sie in der Gesamtheit ihrer Positionierungen auf der Links-Rechts-Achse, der nach wie vor wichtigsten politischen Orientierungsmarke, geben sie ein erstaunlich getreues Abbild des Parteienspektrums ab, mit einer im

Vergleich zur Gesamtbevölkerung relativ schwachen politischen Mitte, und einem Übergewicht im rechten, bürgerlichen Segment.

Dieser Sachverhalt konnte nicht unbedingt erwartet werden. Denkbar wären andere Konstellationen gewesen, einerseits eine Ballung der Parteilosen in der Mitte, als Manifestation gegen die zunehmende Polarisierung in der Parteienlandschaft. Zwar sind die Parteilosen auf der mittleren Position (5) tatsächlich etwas zahlreicher vertreten als die Parteipräsentanten, die Differenz bewegt sich aber in einem bescheidenen Rahmen. Auch hätte man sich andererseits vorstellen können, dass Parteilose als Korrektiv zu der starken Dominanz der bürgerlichen Parteien vor allem in den kleinen und mittleren Gemeinden häufiger linke Positionen vertreten. Dies ist aber nicht der Fall, denn im linken sind die Anteile Parteiloser und Parteivertreter praktisch identisch.

Bestätigt wird die fühlbare Orientierung der Parteilosen am bestehenden politischen System auch durch ihre starke Anlehnung an die Parteien. Praktisch alle Parteilosen können explizit eine Partei nennen, die ihren politischen Überzeugungen am nächsten resp. am weitesten entfernt steht. Und auch hier bestätigt sich die Vorherrschaft bürgerlicher Gesinnung Parteiloser. Gegen 60 Prozent von ihnen beziffert eine bürgerliche Bundesratspartei (inkl. BDP) als ihnen am nächsten stehende Partei an, während nicht einmal 20 Prozent SP oder Grüne aus dem linken Spektrum als Referenz bevorzugen. Der Drang der Parteilosen, sich über das Parteiensystem im politischen Raum zu verorten, wird insgesamt auch hier deutlich.

Allerdings muten die Positionierungen auf einer Links-Rechts-Dimension etwas abstrakt an und lassen wenige Rückschlüsse auf die konkrete Umsetzung in der politischen Alltagspraxis zu. Politische Nähe und Distanz zwischen Parteilosen und Parteivertretern lassen sich daher aussagekräftiger erfassen, wenn man die Einstellungen zu konkreten sachpolitischen Themen oder Fragen der Gemeindeentwicklung einbezieht. Und hier zeigen sich doch einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen den beiden Lagern.

Der Hauptunterschied besteht darin, dass sich Parteilose in den Sachgeschäften viel weniger auf klare Aussagen festlegen lassen. In praktisch allen abgefragten Zielen der Gemeindepolitik fällt ihre Zustimmung deutlich weniger häufig aus als bei den Parteivertretern. Verantwortlich dafür ist der Umstand, dass die inhaltlichen Differenzen zwischen dem linken und rechten Lager bei den Parteilosen viel geringer sind als bei den Parteivertretern. Das äussert sich dadurch, dass bei linken Postulaten die parteilosen Linken weniger häufig zustimmen als die linken Vertreter der Parteien, und umgekehrt die Parteilosen auf der rechten Seite rechte Postulate weniger häufig bejahen als die Rechten in den Parteien.

Letztlich verhalten sich Parteilose im rechten oder im linken Segment häufig so wie Parteivertreter auf der mittleren Position. Das bedeutet, dass bei den Sachfragen die Parteilosen eine stark nivellierende Wirkung erzielen, sie scheuen im konkreten Fall klare Positionen und nehmen eine eher abwartende Haltung ein. Wo könnten die Gründe dafür liegen? Zum einen können Parteilose viel weniger oft auf politische Traditionen in ihrer eigenen Familie zurückgreifen, nur selten existieren politische Vorbilder ihrem engsten Umfeld. Parteivertreter sind dagegen häufig in einem politischen Klima aufgewachsen, so dass sie mit klaren politischen Positionen viel unverkrampfter umgehen können.

Andererseits geraten Parteilose, vor allem in sehr kleinen Gemeinden, häufig sehr unvorbereitet in ein Exekutivamt. Politische Motive für die Ausübung des Amtes sind ihnen fremd. Sie verfügen zwar über ein politisches Sensorium und können sich im Links-Rechts-Schema prob-

lemlos positionieren. Für eine Umsetzung ihrer politischen Position in konkrete Sachfragen auf der kommunalpolitischen Ebene fehlt es ihnen letztlich aber an einem gewachsenen politischen Bewusstsein.

Was bedeutet das nun für die Gemeindepolitik? Sicherlich gibt es einen positiven Effekt, denn in vielen Sachgeschäften wird weniger mit Hilfe ideologischer Vorgaben, sondern aufgrund inhaltlicher Überlegungen nach den besten Lösungen gesucht. Dazu vergrössern Parteilose die Auswahl an fähigen Kandidaten und setzen Parteien, wo es sie noch gibt, einem stärkeren Wettbewerbsdruck aus, was positive Auswirkungen auf die Qualität der Wahlen haben kann. Trotzdem wiegt die Befürchtung schwerer, dass die Gemeindepolitik insgesamt an Berechenbarkeit verliert. Parteilose können von den Wählerinnen und Wählern politisch weniger eingeschätzt werden, und es besteht die Gefahr, dass die Weichenstellungen in wichtigen Fragen der Gemeindeentwicklung eher zufällig zustande kommen, und langfristige, kontinuierliche Planungen zunehmend durch zufällige Adhoc-Entscheidungen ersetzt werden.